

**Stellungnahme des Bundesministeriums für Arbeit, Soziales und
Konsumentenschutz zum Entwurf einer Verordnung des Vorstands der
Energie-Control Austria, mit der die Anforderungen an intelligente Messgerät
bestimmt werden (Intelligente Gas-Messgeräte-AnforderungsVO
(IGMA-VO 2012))**

Das Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz nimmt zum vorliegenden Verordnungsentwurf wie folgt Stellung:

➤ ***Funktion der Fernabschaltung***

Diese in § 3 Ziff. 1 der EB angesprochene Funktion hat mehrfach geäußerten Expertenaussagen zufolge zwei ernstzunehmende Problembereiche:

- Die Fernabschaltfunktion bringt offenbar die Gefahr mit sich, dass absichtlich großflächige Blackouts der Stromnetze herbeigeführt werden können. Diese Funktion ermögliche es Hackern, Zähler gezielt anzusteuern und abzuschalten. Werden nun entsprechend viele Zähler gleichzeitig abgeschaltet, dann könnten Gasnetze (beziehungsweise auch Stromnetze, wenn der Gas-Smart-Meter mit dem Strom-Smart-Meter verbunden ist) großflächig zusammenbrechen.
- Weiters sind die derzeit produzierten Intelligenten Messgeräte, die die Funktion der Fernabschaltung beinhalten, offenbar mit einem zu niedrig dimensionierten Breaker ausgestattet. Dies stellt insofern ein Sicherheitsrisiko dar, weil durch Überhitzung Brände verursacht werden können. Es gibt diesbezüglich leider auch bereits konkrete Anlassfälle (als Problem präsentiert zuletzt auch beim diesjährigen Citizens' Energy Forum in London).

Beide Problembereiche müssen eingehend geprüft und Lösungen gefunden werden, um die potentiellen Gefahrenquellen von vornherein möglichst auszuschließen.

➤ ***Intelligente Messgeräte ohne Speicher***

Dem Verordnungsentwurf ist in § 3 Z 6 zu entnehmen, dass es offensichtlich auch Intelligente Messgeräte geben soll, die über keinen internen Speicher verfügen. Sollte dieser Passus darauf abzielen, dass damit ermöglicht wird, Geräte, die bereits im Einsatz sind bis ans Ende ihrer Lebensdauer weiter zu verwenden, haben wir keine Einwände. Allerdings sollte dies dann ähnlich wie für den Bereich Strom entweder in einer vom BMWFJ erlassenen Einführungsverordnung oder durch eine konkretere Bestimmung in der vorliegenden Verordnung klar geregelt werden.

Dürfen solche analogen Zähler künftig auch neu eingebaut werden, sollte eine Befristung für diese Möglichkeit vorgesehen werden. Eine zentrale Grundintension beim Einbau von Intelligenten Messgeräten ist ja die Ermöglichung einer umfassenden Information der EndkundInnen über ihren Energieverbrauch, damit allfällige Maßnahmen zur Reduzierung des Energieverbrauchs gesetzt werden können. Damit KundInnen ihr Verbrauchsverhalten entsprechend analysieren können, sollten sie daher im Fall des Einbaus eines Smart Meter zumindest potentiell die Möglichkeit zur Abfrage auch untertägiger Werte (der Stundenwerte) haben. Für eine Nutzung sind freilich die datenschutzrechtlichen Erfordernisse (insbes. Zustimmungserfordernisse) einzuhalten.

➤ **Protokolle**

In der Intelligente Messgeräte-AnforderungsVO 2011, BGBl. II 339/2012 besteht auf Grund von § 3 Z 10 die Verpflichtung, dass die Geräte ein Status-, Fehler- und Zugriffsprotokoll unterstützen müssen; die Geräte müssen auch mit einer Manipulationserkennung ausgestattet werden.

Diese Anforderungsverpflichtung ist im vorliegenden Entwurf nicht enthalten und sollte wohl ergänzt werden.

Wir erlauben uns weiters auf einen redaktionellen Fehler in den Erläuterungen zu § 3 Z 1 hinzuweisen: Im letzten Satz des 1. Absatzes wäre das „über“ zu streichen.

Zum 2. Absatz des Allgemeinen Teils der Erläuterungen wird angemerkt, dass § 128 GWG zwar eine Verordnungsermächtigung für eine Einführungsverordnung durch den BMWFJ, aber keine Verpflichtung enthält („kann“, nicht „hat“).